

RHEIN-BERG 100

Newsletter des Abgeordneten Dr. Hermann-Josef Tebroke

Ausgabe 03/2022



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die Tage werden länger und die Sonne hat uns in den letzten Wochen ein schönes Osterfest beschert. Die Weltlage bleibt wenig frühlinghaft und unverändert sehr angespannt – sowohl politisch als auch wirtschaftlich.

In diesem Newsletter muss und möchte ich dementsprechend natürlich auf die schwierige Lage angesichts des Krieges in der Ukraine eingehen. Die Situation der Ukraineerinnen und Ukrainer vor Ort und auf der Flucht ist unbeschreiblich und unerträglich. Die durch den Krieg hervorgerufenen Verwerfungen sehen und spüren wir jeden Tag. Die Bundesregierung agiert leider nur sehr zögerlich und macht ihre Haltung an wichtigen Stellen nicht klar. Gerade in Krisenzeiten wäre verantwortungsvolle und unmissverständliche Führung von fundamentaler Bedeutung.

Am 15. Mai 2022 findet in Nordrhein-Westfalen die Landtagswahl statt. Ich erhoffe mir für unsere CDU, für unseren Ministerpräsidenten Hendrik Wüst, aber natürlich allen voran unseren Kandidaten in Rhein-Berg, Herbert Reul und Martin Lucke, beste Wahlergebnisse.

Ihnen persönlich wünsche ich trotz der äußeren Widrigkeiten einen guten Start in den Mai und verbleibe

mit freundlichen Grüßen aus dem Bundestag

Ihr

Dr. Hermann-Josef Tebroke, MdB

DER UKRAINE KRIEG

Seit nunmehr über zwei Monaten führt Russland einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Dieser Krieg wird von russischer Seite mit äußerster Brutalität und Rücksichtslosigkeit geführt. Russland schreckt auch vor Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen nicht zurück. Angesichts dieser verheerenden Ausgangslage und der dramatischen Situation für die Zivilbevölkerung ist es unsere (moralische) Pflicht, mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten finanzieller und wirtschaftlicher, aber auch humanitärer und militärischer Art dazu beizutragen, diesen Angriffskrieg zu stoppen und die russische Armee wieder von ukrainischem Territorium zurückzudrängen.

Nach unserem Verständnis, das über Parteigrenzen hinweg in der Sache auch überwiegend geteilt wird, umfasst dies auch die Unterstützung der Ukraine mit Waffen und militärischer Ausrüstung. Einzig Bundeskanzler Olaf Scholz zögert und lässt eine klare Haltung vermissen. Infolgedessen nimmt das in unser Land gesetzte Vertrauen der internationalen Öffentlichkeit schrittweise ab. Dem müssen wir gegensteuern.

So haben wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Initiative ergriffen und in einem Beschlussvorschlag sehr klar dargelegt, was jetzt passieren muss. Und nach intensiven Beratungen haben wir am Donnerstagmorgen einen gemeinsamen Antrag beschlossen, der ein umfassendes Maßnahmenpaket und eben auch die Lieferung von schweren Waffen an die Ukraine umfasst.

Dies zeigt: Auch wenn wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion nunmehr lediglich in der Opposition sind, versuchen wir doch unser Bestes, das Handeln der Regierung zumindest mittelbar zu beeinflussen, für eine gute Politik für unser Land.

SONDERVERMÖGEN DER BUNDESWEHR

Das vom Bundeskanzler am 27. Februar in der außerordentlichen Plenarsitzung angekündigte „Sondervermögen für die Bundeswehr“ kommt nicht von der Stelle. Der bisherige Vorschlag der Ampelkoalition für die Ausgestaltung

TERMINE

02.05.2022

Gespräch mit der
Landesverkehrsministerin Ina Brandes,
Wermelskirchen

03.05.2022, 18:00 Uhr,

Friedrich Merz zu Gast in Odenthal,
gemeinsam mit Herbert Reul und Martin Lucke,
Haus Altenberg

05.05.2022, 18:00 Uhr,

Hendrik Wüst zu Gast in Bergisch Gladbach,
Bergischer Löwe

07.05.2022, 18:00 Uhr,

Konzert Heimatklänge Nussbaum,
Bergischer Löwe, Bergisch Gladbach

Sitzungswoche 09.05.-13.05.2022

10.05.2022, 09:15 Uhr,

Arbeitsgruppe Finanzen der
Unionsfraktion

10.05.2022, 10:00 Uhr,

Arbeitsgruppe Familie der
Unionsfraktion

12.05.2022, 15:00 Uhr,

Donnerstagsgespräch der Arbeitsgruppe
Familie, Deutsche Gesellschaft für Kinder- und
Jugendmedizin

13.05.2022,

Eröffnung des Kinder- und Jugendzentrums
K51, Kürten

*Weitere Termine finden Sie auf meiner
Homepage!*

bleibt hinter unseren Erwartungen zurück. Das 100-Mrd-Paket muss so wirken, dass es die Bundeswehr langfristig stärkt. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben unsere Forderungen längst detailliert und klar unterbreitet: Die Verteidigungsausgaben müssen dauerhaft und unabhängig vom Sondervermögen auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigen. Das haben wir in der NATO vereinbart. Der entscheidende Vertrag wurde damals übrigens von dem damaligen SPD-Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier unterzeichnet. Das Sondervermögen muss ausschließlich und nachvollziehbar der Bundeswehr zu Gute kommen und darf nicht in andere verwandte Verwendungsrichtungen abfließen können. Es muss klar sein, was mit dem Geld für die Bundeswehr erreicht wird. In diesem Zusammenhang sind das Beschaffungswesen grundlegend zu ändern und auch organisatorische Anpassungen in der Bundeswehr nötig. Und nicht zuletzt: Das Sondervermögen soll über Kredite finanziert werden. Also brauchen wir einen Tilgungsplan für die zusätzlichen Schulden.

Der Vorschlag des Bundeskanzlers ist jetzt bereits acht Wochen alt. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben direkt am darauffolgenden Tag ein Team benannt, das mit den Koalitionsfraktionen verhandeln sollte. Auf unser Angebot ist in den letzten Wochen nur ein einziges Mal zugegangen worden. Ein weiterer anberaumter Termin wurde von der Bundesregierung ohne Begründung einseitig abgesagt. Das ist der Sache nicht angemessen.

Wenn die Bundesregierung wirklich konkret daran Interesse hat, mit uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine wegweisende Grundgesetzänderung zu beschließen, dann muss sie konstruktiver und zielstrebig verhandeln.

DIE BUNDESREGIERUNG AGIERT ZU ZÖGERLICH

Das derzeitige Agieren der Bundesregierung ist weder proaktiv noch abgestimmt, in Teilen desolat. Die gegenwärtigen durch den russischen Angriffskrieg ausgelösten Verwerfungen auch auf den Energie- und Lebensmittelmärkten verlangen jedoch wohlüberlegte Konzepte, ein beherztes Vorgehen und eine starke Führung durch die Bundesregierung und insbesondere durch den Bundeskanzler. Die größte Volkswirtschaft Europas kann sich ein derartiges zögerliches Vorgehen nicht erlauben. Unsere internationalen Partner erwarten klare und verlässliche Positionierungen – nach innen und nach außen.

EINBLICKE



Gemeinsam mit meinem Praktikanten
Herrn von Lonski



Zu Gast auf dem Panel des ZIA-Finance-
Days 2022



Erstes Foto der Arbeitsgruppe Finanzen
der Unionsfraktion mit unserem Fraktions-
vorsitzenden Friedrich Merz

Eine begründete und nachvollziehbare Strategie ist nötig auch im Hinblick auf eine mögliche Drosselung der Gaslieferungen aus Russland – ob infolge eines diesseitsbeschlossenen Importstopps oder eines durch Russland wie in diesen Tagen gegen Polen und Bulgarien veranlassten Lieferstopps. In jedem Fall ist mit schwerwiegenden Folgen für die Energieversorgung zu rechnen. Eine Substitution der wegfallenden Mengen aus anderen Quellen ist kurzfristig nicht möglich. Unzureichende Mengen und nochmals stark steigende Energiepreise werden die Wirtschaft und Privathaushalte empfindlich treffen. Hier tragen wir die Konsequenzen einer unzureichenden Diversifikation bei der Beschaffung und der überdeutlichen Abhängigkeit von Lieferungen aus Russland. Im Jahr 2021 haben wir etwa 30 % unseres Ölbedarfs aus Russland bezogen, über 50 % unserer Steinkohle und etwa 55 % unseres Gasimports in Höhe von insgesamt 109 Mrd. m³.

Um eine größere Unabhängigkeit in der Energieversorgung zu erreichen, hat der Wirtschaftsminister die Ausbauziele für Erneuerbare Energien nochmals erhöht. Ich teile die Auffassung, dass wir unsere Anstrengungen diesbezüglich in Deutschland verstärken, mehr Anreize schaffen und bürokratische, steuerliche und andere Hemmnisse abbauen müssen. Allein ambitionierte Ziele zu formulieren, reicht nicht. Eine Autarkie werden wir – auch wenn die Debattenbeiträge einiger politischer Mitbewerber diesen Eindruck erwecken könnten – in Deutschland auf absehbare Zeit sicher nicht erreichen. Vor allem aber werden wir einen aktuellen Engpass damit nicht auflösen. Insofern ist zu begrüßen, dass der Wirtschaftsminister immerhin allerlei Anstrengungen unternimmt, andere Bezugsquellen fossiler Energieträger zu erschließen, die Vorratshaltung für Gas zu regeln und sich auch mit einer Verlängerung der Nutzung laufender Atomkraftwerke oder einem verzögerten Ausstieg aus der Braunkohlenutzung zu befassen. All dies trägt dazu bei, den Einkauf russischen Gases zurückzuführen und die negativen Auswirkungen eines Import- oder Lieferstopps für Wirtschaft, Arbeitsplätze und private Haushalte zu mildern. Damit sichern wir uns die Option, über einen Importstopp für Energie aus Russland auf Putin und seine Unterstützer Druck auszuüben. Denn wenn durch einen Importstopp unsererseits tatsächlich eine Beendigung dieses grausamen Krieges erreicht werden kann, müssen wir dazu bereit sein (können).

MAßNAHMEN ZUR ABFEDERUNG DER INFLATION

Wir alle sehen es tagtäglich an verschiedenen Orten – der Tankstelle, im Supermarkt oder in der Bäckerei um die Ecke: In fast allen Bereichen steigen die Preise deutlich. Inflation, steigende hohe Energiepreise und die zunehmende Nahrungsmittelknappheit auf der Welt führen dazu, dass das Leben der Menschen in unserem Land immer teurer wird.

Auch die Wirtschaft leidet unter den Nachwirkungen der Pandemie, gestörten Lieferketten und rasant steigenden Erzeugerpreisen. Dies wird durch die Folgen des Krieges in der Ukraine noch zusätzlich verkompliziert. Die Bundesregierung muss jetzt dringend handeln. Die Anhebung von Transferleistungen, wie sie die Bundesregierung in dieser Woche auf den Weg gebracht hat, genügt nicht. Wir brauchen stattdessen Lösungen, die für das ganze Land funktionieren und nachhaltig wirken.

Vorübergehende Steuersenkungen, etwa bei der Energiesteuer, oder Einmalzahlungen wie das zu versteuernde Energiegeld lindern die Wirkungen des Preisanstieges, helfen aber nicht auf lange Sicht. Bei anderen Maßnahmen, wie etwa dem 3-Monate-9€-ÖPNV-Ticket, kommen die Hilfen nicht überall an, provozieren zugleich viele Fragen bei der Umsetzung und einen hohen bürokratischen Aufwand.

Dabei ist gerade der Abbau von Bürokratie für Bürger, Wirtschaft und Arbeitsplätze das Gebot der Stunde. Als wenn keine Anpassungen erforderlich wären, arbeiten sowohl die Bundesregierung und auch die Europäische Union an weiteren Belastungen, Auflagen und auch Berichtspflichten. Wir brauchen jedoch jetzt ein klares Belastungsmoratorium. Nur auf diese Weise kann die Wirtschaft nach der langen Belastung in Zeiten von Corona wieder Tritt fassen. Nur so können die für uns wichtigen Arbeitsplätze in der Industrie und Gewerbe gesichert werden und neue geschaffen.

LANDTAGSWAHL IN NRW

In wenigen Wochen steht bei uns in Nordrhein-Westfalen die Landtagswahl an. Die erfolgreiche schwarz-gelbe Koalition unter Führung von Ministerpräsident Hendrik Wüst wirbt um ihre Wiederwahl und hat meine volle Unterstützung.

2017 hat kaum einer damit gerechnet, dass wir als CDU die Wahl gewinnen würden und es in der Folge zu einer schwarz-gelben Koalition kommen würde. Mit nur einer Stimme Mehrheit hat die CDU-geführte Landesregierung viel für das Land getan, sehr viel. Unter der unaufgeregten und engagierten Führung von Armin Laschet wurde unser Land moderner und wettbewerbsfähiger. Hendrik Wüst hat sich mit seiner ehrlichen und beherzten Art und seiner großen Kompetenz unmittelbar in das Amt des Ministerpräsidenten eingefunden. Schon binnen weniger Monate ist er zum Landesvater geworden und regiert auch in dieser gegenwärtigen Krisensituation mit ruhiger Hand und großem Erfolg.

Ich bitte Sie an dieser Stelle, unseren Ministerpräsidenten, unsere CDU, aber insbesondere auch unsere CDU-Kandidaten vor Ort bei uns in Rhein-Berg zu unterstützen. Ihre Stimmen sind von großer Bedeutung. Bitte werben Sie für unsere Kandidaten! Mit Innenminister Herbert Reul im Wahlkreis 22 (Leichlingen, Wermelskirchen, Burscheid, Kürten, Odenthal und Overath) und Martin Lucke im Wahlkreis 21 (Bergisch Gladbach und Rösrath) stehen zwei fachlich kompetente und auch persönlich überzeugende Kandidaten zur Wahl. Herbert Reul hat in den vergangenen Jahren mit großem Einsatz die innere Sicherheit nachhaltig gestärkt, wofür wir alle sehr dankbar sein dürfen. Er genießt Ansehen über Partei- und Landesgrenzen hinweg. Martin Lucke läutet einen Generationenwechsel ein und ist seit vielen Jahren bei uns in Rhein-Berg in vielfältiger Hinsicht politisch aktiv. Ich hoffe auf einen großartigen Wahlsieg von Herbert Reul, Martin Lucke und unserer CDU insgesamt und dann – hoffentlich erfolgreiche – Koalitionsgespräche.

FREMDE FEDERN – EINE WOCHEN IN BERLIN – BERICHT VON PRAKTIKANT ELVIN VON LONSKI

Am Tag meiner Abreise nach Berlin kaufte ich mir voller Erwartungen eine Kladder. Auf 190 Seiten sollte mein „Berlinbuch“ das neue Heim unzähliger Autogramme der Abgeordneten werden – letztlich wurde es genau das aber nicht, doch ich habe wertvolle Einblicke gewonnen.

Hallo, mein Name ist Elvin von Lonski. Ich bin Schüler am Nicolaus-Cusanus Gymnasium Bergisch Gladbach und hatte durch meine Verbindung zu Herrn Dr. Tebroke im Rahmen des Parlamentarischen-Patenschafts Programmes (PPP), im April 2021 die Möglichkeit auf dieses einwöchige Praktikum.

Am Ende meiner Praktikumszeit angekommen kann ich resümieren: Dass es das Autogrammheft der Träume nicht gibt, ist nicht schlimm. Eine Woche ist, besonders was Bundestagspraktika anbelangt, nicht besonders viel Zeit. Sinnvoller war es, das Büro meines PPP-Patens kennenlernen zu können. Die Möglichkeit, und das vorausgesetzte Vertrauen, dass ich Recherchen durchführen, Bürgerbriefe bearbeiten, oder Terminvorbereitungen verfassen durfte, bedeuten viel. Zusammen mit dem aktiven Erleben der politischen Entscheidungen dieser Woche mit der Bürogemeinde – mit wunderschönem Ausblick auf den Reichstag – hat auch dies den Wert des Ganzen ausgemacht.

Die Erkundung der Gebäude, Gespräche mit den anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Herrn Dr. Tebroke, sowie mehrfache Besuche im Bundestagsplenum und dem Finanzausschuss zählen außerdem zu meinen Highlights.

Autogramme wiegen so etwas für mich nicht auf. Müssen sie auch nicht, denn – was ich jedem empfehlen möchte – den Berliner Parlamentarismus in Aktion betrachten, und daran auch nur kurz mitwirken zu dürfen, ist sehr viel mehr.

DR. HERMANN-JOSEF TEBROKE

Büro Berlin
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227- 79547
Fax: (030) 227- 76906

Büro Bergisch Gladbach
Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach

Tel.: (02202) 93695- 30
Fax: (02202) 93695- 22



E-Mail: hermann-josef.tebroke@bundestag.de

Internet: <https://www.hermannjosef-tebroke.de/>